

H UMWELTBERICHT

ZU

GEMEINDE BERG IM GAU

**6. ÄNDERUNG FLÄCHENNUTZUNGSPLAN/
BEBAUUNGSPLAN**

**„SONDERGEBIET KINDERTAGESSTÄTTE
UND FLÄCHE FÜR GEMEINBEDARF“
MIT TEILÄNDERUNG BEBAUUNGSPLAN
„AM SPORTPLATZ“**

vom 04.09.2018,
redaktionell geändert 08.01.2019

Auftraggeber:

Gemeinde Berg im Gau
Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen
Herzoganger 1
86529 Schrobenhausen
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
Regierungsbezirk Oberbayern

Bearbeitung:

Planungsbüro Ecker
Lenbachplatz 16
86529 Schrobenhausen
Tel.: 08252 / 81629
Fax: 08252 / 4362
E-mail: buero@ecker-la.de

INHALTSVERZEICHNIS

0	Beschreibung Vorhaben	2
1	Einschlägige Fachgesetze und Fachpläne	2
2	Grundlegende Standortfaktoren	3
3	Bestandsbewertung: Bedeutung für Naturhaushalt	5
3.1	Schutzgut Boden	5
3.2	Schutzgut Wasser	5
3.3	Schutzgut Klima/ Luft.....	5
3.4	Schutzgut Tiere und Pflanzen und deren Lebensräume, Biodiversität	6
3.5	Schutzgüter Landschaft und Mensch: Landschaftsbild und Erholungsfunktion ..	6
4	Prognose Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung	7
4.1	Schutzgüter Boden und Wasser	7
4.2	Schutzgut Klima/Luft.....	8
4.3	Schutzgut Tiere und Pflanzen, ihre Lebensräume, Biodiversität	9
	Artenschutzrechtliche Abschätzung	10
4.4	Schutzgüter Landschaft / Mensch: Landschaftsbild und Erholungsfunktion	11
4.5	Kultur- und Sachgüter	12
4.6	Übersicht über mögliche Beeinträchtigungen	13
5	Prognose Umweltauswirkungen bei Nicht-Durchführung der Planung	14
6	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	14
6.1	Vermeidungsmaßnahmen	14
6.2	Erforderliche Ausgleichsmaßnahmen.....	14
7	Anderweitige Planungsmöglichkeiten.....	15
8	Beschreibung der Methodik und Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten und Kenntnislücken	16
9	Maßnahmen zur Überwachung der Umweltauswirkungen (Monitoring)	16
10	Zusammenfassung	16

0 Beschreibung Vorhaben

vgl. Bebauungsplan durch Ingenieurbüro Käser

Nachdem der Bebauungsplan parallel zur Flächennutzungsplan-Änderung aufgestellt wird und somit die beiden Planungen als "miteinander verbunden" angesehen werden können, werden die Ergebnisse der Umweltprüfung in einem Umweltbericht zusammengefasst: dabei werden sowohl die Folgen der grundsätzlichen Inanspruchnahme des Standorts (Ebene vorbereitende Bauleitplanung) als auch die mit der konkreten Planung/ Nutzung des Baugebiets verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt gewürdigt, die frühestens auf der Ebene des verbindlichen Bauleitplans bewertet werden können.

Wichtigste Planungsziele Bebauungsplan:

Sondergebiet „Kindertagesstätte“ bzw. Fläche für Gemeinbedarf (sozialen Zwecken dienend)

Größe: Geltungsbereich 7.132 m² 100,0 %

Flächenanteile: Grünfläche und Maßnahmenflächen 1.571 m² 22,0 %

Sondergebiet KITA / Gemeinbedarf 5.561 m² 78,0 %

Zulässige Höhen: Wandhöhe 4,5 m bzw. 7,5 m bzw. 8,0 m (bei I / I+D bzw. II bzw. Pultdach)

Grundflächenzahl: 0,35

1 Einschlägige Fachgesetze und Fachpläne

Es gelten die in den einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele. Im vorliegenden Fall sind insbesondere folgende Instrumentarien planungsrelevant:

- Baugesetzbuch (BauGB)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG): u.a. Eingriffsregelung
- Bodenschutzgesetz (BBodSchG): Bodenschutzklausel
- Regionalplan 10 für Region Ingolstadt
- Landesentwicklungsprogramm (LEP).

Berücksichtigung findet weiterhin das Landschaftsentwicklungskonzept Region Ingolstadt.

Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)

Die Gemeinde Berg im Gau befindet sich im ländlichen Raum im Südwesten der Region 10 (Ingolstadt). Das nächstgelegene Oberzentrum ist die Stadt Ingolstadt, das nächstgelegene Mittelzentrum die Stadt Schrobenhausen.

Weitere Ziele: Flächensparen, Verhinderung von Zersiedelung, nachhaltige Energiekonzepte und Klimaschutz.

Dem in LEP 3.2 propagierten Ziel der vorrangigen Nutzung vorhandener Potentiale der Innenentwicklung wird bei diesem integrierten Standort mit direkter Anbindung an den bereits bestehenden Kindergarten Rechnung getragen.

Regionalplan

Die Gemeinde Berg im Gau liegt in einem Teilraum, dessen Entwicklung in besonderem Maße gestärkt werden soll. Nächst gelegenes Kleinzentrum ist der nordöstlich gelegene Ort Karlshuld. Der Umgriff der Planung betrifft keine Flächen, die im Regionalplan als landschaftliches Vorbehaltsgebiet oder als regionaler Grünzug dargestellt sind.

Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan / Bebauungspläne

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan stellt den überplanten Bereich überwiegend als

öffentliche Grünfläche dar. Am Ostrand des Geltungsbereichs ist zudem eine Teilfläche als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft dargestellt. Am Nordrand des bereits bestehenden Kindergartens ist ein Streifen als Ortsrand gekennzeichnet. Als Pflege- und Entwicklungsziele für die so dargestellten Flächen werden in der Begründung zum Flächennutzungsplan folgende Maßnahmen aufgeführt: evtl. Anlage von Regenwassersickermulden, aufgelockerte Pflanzung von Großbäumen, Obstbäumen, einzelnen Gehölzgruppen (keine abriegelnde Bepflanzung im Übergang zur freien Landschaft).

Die Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplans korrespondieren dabei mit den Festsetzungen aus zwei Bebauungsplänen, die in den Geltungsbereich der vorliegenden Planung hineinreichen bzw. an diesen angrenzen. Im Süden befindet sich der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Am Sportplatz“. Über den am 26.08.1996 genehmigten Bauleitplan wurden das südlich gelegene Wohngebiet und der Kindergarten entwickelt. Ein 4 m breiter Streifen am Nordrand des Kindergartens sowie die Freifläche nordöstlich des bisherigen Kindergartengrundstücks wurden dabei als öffentliche Grünfläche sowie als Maßnahmenfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt (insgesamt ca. 857 m²). Diese ursprüngliche Funktion ist mit der nun vorliegenden Planung nicht mehr vereinbar: die Flächen sollen als Flächen für den Gemeinbedarf bzw. als zugehörige Freiflächen genutzt werden, wobei der Gehölzbestand weitestgehend erhalten werden soll. Für diesen Bereich stellt die vorliegende Planung eine Teiländerung des rechtswirksamen Bebauungsplans „Am Sportplatz“ dar.

Das Baugebiet im östlichen Anschluss an den Geltungsbereich der vorliegenden Planung basiert auf dem seit 27.07.2001 rechtskräftigen Bebauungsplan „Schernbreite“ (geändert 2005). Dieser sieht am Nord- und Westrand des Wohngebiets eine öffentliche Grün- und Maßnahmenfläche vor. Die im Bebauungsplan festgesetzte Fläche endet jedoch am Ostrand des Geltungsbereichs der vorliegenden Planung, reicht also nicht in deren Geltungsbereich hinein.

2 Grundlegende Standortfaktoren

Lage, Nutzung, Gehölzbestand:

Der Planungsbereich liegt verkehrsgünstig nördlich der Dorfmitte und ist über den Sportplatzweg auf kurzem Weg an die Hauptstraße (Staatstraße St 2046) angebunden.

Der Geltungsbereich der vorliegenden Bauleitplanung umfasst die Flurstücke 164 und 164/12 in der Gemarkung Berg im Gau.

Das Planungsgebiet wird bisher geprägt von Wiesenflächen, die aufgrund vergleichsweise intensiver Nutzung, mittlerer Bodenverhältnisse und guter Nährstoffversorgung keine besonderen Artenvorkommen aufweisen. Eine Bereicherung der Ortsrandsituation bilden die im Planungsgebiet vorhandenen Gehölzstrukturen. Der Nordrand von Flurstück Fl.Nr. 164/11 (Kindergarten) weist nahezu durchgehend Gehölze auf. Neben freiwachsenden heimischen Sträuchern stocken hier mehrere Laubbäume (u.a. Linden, Eiche, Spitzahorn). Sie tragen wesentlich zur Qualität der Ortsrandsituation bei und sind daher grundsätzlich besonders erhaltenswert. Ebenfalls bedeutsam ist eine Reihe von 5 Eichen (BHD 20 cm) und einer Esche (BHD 10 cm), die am Nordwestrand des Geltungsbereichs gepflanzt wurde. Grundsätzlich besitzt diese Baumreihe für das Ortsbild Bedeutung, welche mit der Zeit weiter zunehmen wird. Ein Erhalt der Eichen im Umfeld der Kindertagesstätte ist angesichts der Problematik mit dem Eichenprozessionsspinner jedoch nicht zweckgemäß. Daher ist in Abstimmung mit der Kreisleitung für Gartenkultur und Landschaftspflege eine Beseitigung der problematischen Bäume und ein Ersatz durch Laubbäume an geeigneter Stelle der Außenanlagen vorgesehen. Grundsätzlich erhaltenswert ist auch eine Reihe von insgesamt 10 Bergahorn-Bäumen (BHD 10 cm) am Ostrand des Planungsgebiets. Das Alter und der in zwei Fällen eingeschränkte Erhaltungszustand mögen den

aktuellen Wert der Einzelbäume einschränken: als ortsrandbildende Gehölzstruktur ist der Bestand jedoch grundsätzlich erhaltenswürdig. Austauschwürdige Bäume können durch entsprechende Nachpflanzungen ersetzt werden. Auf der Freifläche im nordöstlichen Anschluss an das Kindergartengrundstück wurden erst vor kurzem eine Eiche und ein Bergahorn (jeweils BHD 10 cm) gepflanzt, die Grasnarbe ist hier noch vergleichsweise lückig. Am Nordrand des Kindergartens ist ein geschotterter Fußweg als Verbindung zwischen Sportplatzweg im Westen und Wohngebiet *Schernbreite* im Osten angelegt.

Angrenzende Nutzung

Der Geltungsbereich wird wie folgt umgrenzt (jeweils Gmkg. Berg im Gau):

im Süden: Grundstücke Fl.Nrn. 164/10 (Wohnanwesen) und 164/11 (bestehender Kindergarten mit Gemeindekanzlei).

im Norden: Flurstück Fl.Nr. 163 (Anwandweg), nördlich davon Acker.

im Westen: Fl.Nr. 161 geschotterter Flurweg als Fortsetzung des asphaltierten Sportplatzwegs, westlich davon Wiese.

im Osten: im NO: Flurstück Fl.Nr. 780 (öffentliche Grün- und Maßnahmenfläche am Westrand von Wohngebiet *Schernbreite*), im SO: Fl.Nr. 166/6 (Fußweg zur *Schernbreite*) sowie Fl.Nr. 166/4 (Südwest-Ecke Wohngebiet *Schernbreite*).

Standortkundliche Landschaftsgliederung/ Naturräumliche Gliederung

Tertiär-Hügelland zwischen Donau und Isar (062-A).

Potentielle natürliche Vegetation (gemäß FINWeb)

Zittergrasseggen-Hainsimsen-Buchenwald im Komplex mit Zittergrasseggen-Waldmeister-Buchenwald; örtlich Zittergrasseggen-Stieleichen-Hainbuchenwald.

Betroffene Bodentypen gem. Bodeninformationssystem

Gemäß Bodenübersichtskarte 1: 25.000 wird das Planungsgebiet fast ausschließlich von Braunerde aus flachem Lehm bis Schluff (Lösslehm) oder Kryolehm bis -schluff (Lösslehm, Molasse) über Molasseablagerungen mit weitem Bodenartenspektrum geprägt.

Das Planungsgebiet wird vom Informationsdienst des Landesumweltamts nicht als wassersensibler Bereich eingestuft.

Relief/ Neigung

Von Südosten nach Nordwesten abfallendes Gelände, die Geländehöhen bewegen sich um 414 m NN im Südosten und 404 m NN im Nordwesten.

Schutzgebiete i.S. des Naturschutz- und Wasserrechts

Schutzgebiete/-objekte gem. Naturschutzrecht oder NATURA-2000-Gebiet nicht betroffen.

Auch Trinkwasserschutz- und Überschwemmungsgebiete sind nicht betroffen.

Kultur- und Sachgüter

Gemäß BayernAtlas Denkmal sind im Planungsgebiet selbst keine Bau- bzw. Bodendenkmäler vorhanden. Rund 200 m südwestlich des Planungsgebiets befindet sich die denkmalgeschützte Kath. Pfarrkirche Mariae Heimsuchung [D-1-85-116-1: barocke Saalkirche, erbaut 1767, Turmunterbau romanisch; mit Ausstattung; Friedhofsmauer, mit Strebepfeilern (westliche Hälfte), wohl 17. Jh.]. Der Bereich um die Pfarrkirche wird vom Landesamt als Bodendenkmal geführt (D-1-7333-0105).

3 Bestandsbewertung: Bedeutung für Naturhaushalt

3.1 Schutzgut Boden

Im Planungsgebiet stehen mittel- bis tiefgründige sandige Lehm Böden an, die als Grünland und als Acker genutzt werden können. Die Ackernutzung kann dabei von der Hangneigung unter Umständen behindert werden. In den Flächennutzungsplan wurde als landschaftsplanerische Zielsetzung für die nördlich angrenzenden Hangflächen „Erosionsschutz durch anbautechnische Maßnahmen oder Umwandlung in Grünland“ aufgenommen.

Im Planungsgebiet liegt kein Bodentyp vor, der aufgrund Eigenart oder Seltenheit an sich besonders schützenswert wäre.

3.2 Schutzgut Wasser

Als ökologischer Feuchtegrad ist gemäß standortkundlicher Bodenkarte i.d.R. von sehr frisch bis mäßig frisch auszugehen. Das Informationssystem des bayerischen Landesamtes für Umwelt weist das Planungsgebiet nicht als „wassersensiblen Bereich“ aus, bei dem Probleme mit dem Bodenwasserhaushalt zu erwarten wären. Ein Auftreten von Schicht- und oberflächennahem Grundwasser ist bei der vorliegenden Geländesituation jedoch möglich.

Die Durchlässigkeit der Böden variiert gemäß standortkundlicher Bodenkarte - je nach Materialbeschaffenheit - zwischen gering und hoch. Örtlich kann es zu schwacher Staunässe im Untergrund kommen.

Aufgrund der Hanglage ist ein oberflächlicher Abfluss von Niederschlagswasser möglich, angesichts der Lage am Oberhang und angesichts des Freiflächenanteils im oberhalb gelegenen Kindergartengrundstück ist dabei jedoch nicht mit einem besonders hohen Aufkommen von Oberflächenwasser zu rechnen.

Oberflächengewässer sind im Planungsgebiet nicht vorhanden.

Auch Trinkwasserschutz- und Überschwemmungsgebiete sind nicht betroffen.

3.3 Schutzgut Klima/ Luft

Das LEK attestiert dem Geltungsbereich wie der gesamten umliegenden Flur eine hohe Wärmeausgleichsfunktion. Da die unterhalb des Planungsgebiets liegende Flur landwirtschaftlich genutzt werden, leisten die überplanten Flächen keinen Beitrag zum klimatischen Ausgleich von unterhalb gelegenen Siedlungsflächen.

Die v.a. am Südrand des Planungsgebiets stockenden Bäume tragen zur Fischluftproduktion und über Verdunstung und Beschattung zur Verbesserung des Kleinklimas bei.

Von landwirtschaftlichen Hofstellen und von der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen im weiteren Umfeld des Planungsgebiets gehen betriebsbedingte Emissionen aus, die auf den Geltungsbereich einwirken. Bei der Nutzung der westlich gelegenen Sportflächen kann es zu Schallemissionen kommen, die in Abhängigkeit von der Windrichtung auch im Planungsgebiet wahrzunehmen sind.

3.4 Schutzgut Tiere und Pflanzen und deren Lebensräume, Biodiversität

Der Geltungsbereich wird bisher geprägt von Wiesenflächen, die aufgrund vergleichsweise intensiver Nutzung, mittlerer Bodenverhältnisse und guter Nährstoffversorgung keine besonderen Artenvorkommen aufweisen. Etwas höhere Bedeutung als möglicher Lebensraum für gehölzbewohnende Tierarten (v.a. Vögel und Insekten) kommt den im Planungsgebiet vorhandenen Gehölzstrukturen zu. Der Nordrand von Flurstück Fl.Nr. 164/11 (Kindergarten) weist nahezu durchgehend Gehölze auf. Neben freiwachsenden heimischen Sträuchern stocken hier mehrere Laubbäume (u.a. Linden, Eiche, Spitzahorn). Die Gehölze unterliegen zwar selbst keiner eigentlichen Nutzung, die Nähe zu den Siedlungsflächen und die Nutzung durch den Kindergarten bzw. Kinder aus dem Ortsteil, schränken jedoch die naturschutzfachliche Bedeutung des vergleichsweise kleinen und jungen Gehölzbestandes merklich ein. Aufgrund des begrenzten Alters fehlen an den Gehölzen Astlöcher o.ä. Strukturen, die von Fledermäusen oder Höhlenbrütern als Teil-Habitate benutzt werden könnten. Somit ist die Gehölzstruktur am Nordrand des jetzigen Kindergartengrundstücks weniger aufgrund ihrer Funktion für den Naturschutz als wegen ihrer Bedeutung für Ortsbild und Ortsrand als solche zu erhalten.

Potenziell bedeutsam ist eine Reihe von 5 Eichen (BHD 20 cm) und einer Esche (BHD 10 cm), die am Nordwestrand des Geltungsbereichs stockt. Ihre Bedeutung als Lebensraum für gehölzbewohnende Tierarten würde mit der Zeit wachsen. Ein Erhalt der Eichen im Umfeld der Kindertagesstätte ist angesichts der Problematik mit dem Eichenprozessionsspinner jedoch nicht zweckgemäß. Daher sind auf Anraten der Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landschaftspflege eine Beseitigung der problematischen Bäume und ein Ersatz durch andere Laubbäume an geeigneter Stelle der Außenanlagen vorgesehen. Grundsätzlich erhaltenswert ist auch die Reihe von insgesamt 10 Bergahorn-Bäumen (BHD 10 cm). Das Alter und der in zwei Fällen eingeschränkte Erhaltungszustand schränken den aktuellen Wert der Einzelbäume zwar ein, als ortsrandsbildende Gehölzstruktur ist der Bestand jedoch grundsätzlich erhaltenswürdig. Austauschwürdige Bäume können durch entsprechende Nachpflanzungen ersetzt werden. Auf der Freifläche im nordöstlichen Anschluss an das Kindergartengrundstück wurden erst vor kurzem eine Eiche und ein Bergahorn (jeweils BHD 10 cm) gepflanzt, die Grasnarbe ist hier noch vergleichsweise lückig.

Amtlich kartierte besonders schützenswerte Biotope sind von der Planung nicht betroffen; weiterhin liegen für die überplanten Flächen keine Daten aus der Artenschutzkartierung vor.

3.5 Schutzgüter Landschaft und Mensch: Landschaftsbild und Erholungsfunktion

Das Planungsgebiet liegt an der Nordflanke des Höhenzuges, welcher den Ort Berg im Gau über die umliegende Niederung erhebt.

Bemerkenswert ist der Blick, den man von Planungsgebiet aus auf das nördlich liegende Donaumoos hat. Der Höhenrücken seinerseits hat, wie auch das LEK feststellt, Bedeutung als visuelle Leitstruktur für die Wahrnehmung der besonderen naturräumlichen Situation.

Der flächenhafte ausgeprägte Nutzungstyp Intensivwiese stellt für sich genommen kein Landschaftselement dar, das nicht ersetzbar wäre. Bedeutsamer für die Einbindung des bestehenden Siedlungsrandes sind, wie bereits erläutert, die im Gebiet vorhandenen Gehölzstrukturen. Der heterogene Gehölzbestand, der Laubbäume jungen bis mittleren Alters und überwiegend standortheimische Sträucher umfasst, trägt zu einem recht harmonischen Übergang zwischen Siedlung und freier Landschaft bei. Dabei ist die Bedeutung der einzelnen Bereiche durchaus

unterschiedlich (vgl. 4.5). Zur Sicherung der vorliegenden Qualität des Ortsrandes ist dabei im Einzelfall weniger der Erhalt der z.T. noch recht jungen Gehölze entscheidend, sondern die Bewahrung der Gehölzstrukturen als solche. Bei einem Wegfalle einzelner Gehölze ist daher für geeigneten Ersatz an anderer Stelle zu sorgen.

4 Prognose Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung unter Berücksichtigung von Maßnahmen zur Minderung und Kompensation des Eingriffs

4.1 Schutzgüter Boden und Wasser

Aufgrund der engen Verzahnung der beiden Schutzgüter über das Grundwasser werden die Schutzgüter in *einem* Kapitel behandelt.

Oberflächengewässer werden von der Planung des Baugebiets nicht betroffen. Ebenso wenig werden Trinkwasserschutz- oder Überschwemmungsgebiete berührt.

Baubedingt

Im Rahmen der Baumaßnahme sind Eingriffe in das bestehende Bodengefüge unvermeidbar. Bei Baumaßnahmen werden nicht nur die später überbauten und versiegelten Flächen beeinträchtigt, sondern darüber hinaus Bereiche, die vorübergehend als Bewegungsflächen der Baumaschinen oder als Lagerflächen benötigt werden. Es handelt sich hierbei um temporäre Beeinträchtigungen, die mit Fertigstellung der Baumaßnahmen und Herstellung der Grün- und Pflanzflächen i.d.R. beseitigt werden.

Bei unsachgemäßer Handhabung und Lagerung von Maschinen und Stoffen kann es zu Schadstoffeinträgen in den Boden oder in das Grundwasser kommen. Durch die Beachtung der einschlägigen Vorschriften können Risiken für Boden bzw. Grundwasser weitestgehend ausgeschlossen werden. Die zu erwartenden Beeinträchtigungen bleiben somit von geringer Bedeutung.

Anlagenbedingt

Aufgrund der Hanglage sind zur Einpassung der baulichen Anlagen in das Gelände Bodenbewegungen unvermeidbar. Durch entsprechende Festsetzungen werden die Geländeänderungen vom Umfang her beschränkt. Es wird sichergestellt, dass die Veränderungen in einer möglichst verträglichen Form ausgeführt werden.

Der bedeutsamste Eingriff besteht in der Versiegelung von Böden zur Bereitstellung von Flächen für Gebäude und Verkehr. Der Bebauungsplan ermöglicht die Versiegelung von maximal 0,21 ha Grundfläche, darüber hinaus die Befestigung von ca. 0,02 ha für Stell- und Wegeflächen. Durch eine versickerungsfähige Gestaltung von Wege- und Stellflächen kann der Eingriff in den Wasserhaushalt gemindert werden.

Das Bodengefüge als Lebensraum für Bodenlebewesen und weitere Funktionen des Bodens wie die Filter- und Speicherfunktion werden auf den versiegelten und stärker befestigten Flächen erheblich und nachhaltig gestört. Das auftreffende Niederschlagswasser kann hier nicht mehr ungehindert im Boden versickern und das Grundwasser speisen. Der oberflächliche Abfluss wird dadurch verstärkt, was v.a. bei Starkregenereignissen zur Belastung für die Kanalisation bzw. den Vorfluter führen könnte. Um dem vorzubeugen, sind innerhalb der Grünflächen Bereiche/ Anlagen vorzusehen, die zur Versickerung des im Gebiet anfallenden Niederschlagswassers dienen.

Eine Verbesserung des Bodengefüges und der Regelungsfunktionen ist mittelfristig für die Grün- und Ausgleichsflächen zu erwarten.

Betriebsbedingt

Durch den Verkehr sowie unsachgemäße Aktivitäten kann es zu diffusen und punktuellen Stoffeinträgen in den Bodenkörper kommen. Die Stoffe können sich langfristig im Boden anreichern, sofern sie nicht in das Grundwasser verfrachtet werden.

Auch die betriebsbedingten Risiken für Boden bzw. Grundwasser können durch die Beachtung der einschlägigen Vorschriften weitestgehend ausgeschlossen werden.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Ausgleich

Eingriffsmindernd wirkt hierbei der Verzicht auf vermeidbare Versiegelung, hinsichtlich Umfang und Art der Befestigung. Zudem wird die Versickerung des unverschmutzt anfallenden Oberflächenwassers als Verpflichtung festgesetzt, sofern die Bodenverhältnisse dies zulassen.

Die Beeinträchtigung des örtlichen Wasserhaushaltes soll zudem durch die Rückhaltung bzw. Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers verringert bzw. kompensiert werden.

Im Bereich der Grünflächen und der Ausgleichsfläche kann davon ausgegangen werden, dass Störungen durch Intensivnutzungen unterbleiben und die Funktionen für den Boden- und Wasserhaushalt künftig weitgehend unbeeinträchtigt bleiben.

Der verbleibende Eingriff in den Boden- und Wasserhaushalt ist von geringer-mäßiger Erheblichkeit und im Rahmen der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung durch geeignete Maßnahmen auf der Ausgleichsfläche zu kompensieren.

4.2 Schutzgut Klima/Luft

Baubedingt

Die Baumaßnahmen sind unvermeidbar mit Emissionen verbunden. Diese sind auf die Bauzeiten beschränkt und können durch den Einsatz emissionsarmer Maschinen und Techniken minimiert werden. Die zusätzlichen Belastungen durch die Bautätigkeit bleiben insgesamt von geringer Erheblichkeit.

Anlagenbedingt

Nach Beendigung der Baumaßnahmen ist mit einer gewissen kleinklimatischen Erwärmung als Folge von Flächenversiegelung und Überbauung zu rechnen. Weiterhin sind eine kleinräumige Verminderung der Luftfeuchte und ein durch den Baukörper verringerter Wärmeaustausch zu erwarten. Die mit der Versiegelung verbundenen Effekte sind praktisch unabhängig vom Standort, ihr Ausmaß ist im Wesentlichen abhängig von der Intensität der Versiegelung. Bedingt durch das geplante Maß der baulichen Nutzung bleibt dabei der Eingriff von geringer Erheblichkeit.

Betriebsbedingt

Beim Betrieb von Heizanlagen wird i.d.R. Abwärme frei, die zur kleinklimatischen Erwärmung beiträgt.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Ausgleich

Durch moderne Standards bei Beheizung und Dämmung von Gebäuden wird der Erwärmungseffekt auf ein Minimum beschränkt. Die Situation von Gelände und Baukörper ermöglicht die Nutzung regenerativer Energiequellen (PV/Solar) für die Energieversorgung der Kindertagesstätte. Dies minimiert die betriebsbedingten Belastungen für Luft und Klima.

Eingriffsmindernd wirkt die vorgesehene Begrünung des Plangebiets. Bäume, die in den Grün- und Ausgleichsflächen zu pflanzen sind, spenden Schatten, fördern die Luftfeuchte und tragen zu einem ausgeglichenen Kleinklima und zur Eingriffskompensation bei. Der Eingriff in die Schutzgüter Klima und Luft bleibt somit von geringer Erheblichkeit.

4.3 Schutzgut Tiere und Pflanzen, ihre Lebensräume, Biodiversität

Baubedingt

Infolge der Lärmbelästigung bei Baumaßnahmen ist i.d.R. mit Vertreibungseffekten für die Fauna zu rechnen. Die für die Bauflächen beanspruchten Flächen weisen von der Nutzungsintensität und den Lebensraumstrukturen her zwar in geringem Umfang bedingt naturnahe Gehölzstrukturen auf. Aufgrund des vergleichsweise geringen Alters der betroffenen Bereiche, ihrer beschränkten Ausmaße, welche die Störung durch angrenzende Siedlungsflächen nicht abpuffern können, ist nicht mit der Präsenz besonders störungsempfindlicher Arten zu rechnen. Etwaige Vertreibungseffekte betreffen somit keine aus naturschutzfachlicher Sicht besonders schützenswerte Arten und können durch den nördlich gelegenen Landschaftsraum (Feldflur) aufgefangen werden.

Bei den Baumaßnahmen sind die am Oststrand bestehenden Gehölzbereiche, die insbesondere wegen ihrer (pot.) Bedeutung für das Ortsbild als solche erhalten werden sollen, gezielt vor baubedingten Beeinträchtigungen zu schützen (Abgrenzung als Tabubereiche während der Bauzeiten, Baumschutz gemäß DIN 18920 während der Bauzeiten). Dies schließt den Ersatz von Einzelbäumen, insbesondere bei den bereits geschädigten Bergahorn-Exemplaren, nicht aus. Für die erst kürzlich im Südosten des Planungsgebiets gepflanzten Bäume ist - soweit erforderlich - eine Umpflanzung an den Rand des Flurstücks in Betracht zu ziehen.

Der am Nordrand des bestehenden Kindergartens stockende Gehölzbestand muss den Stellflächen weichen, die in Abstimmung mit der Kreisfachberatung neu situiert wurden. Durch geeignete Neupflanzungen ist dafür zu sorgen, dass die Bedeutung der wegfallenden Gehölze auch von den künftigen Freiflächen im Planungsgebiets erfüllt werden kann.

Unvermeidbare Rodungen werden in der winterlichen Ruhezeit durchgeführt, um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände gezielt zu vermeiden.

Die baubedingten Beeinträchtigungen bleiben bei Beachtung dieser Vorgaben angesichts der nur vorübergehenden Natur der Störungen insgesamt von geringer Erheblichkeit.

Anlagenbedingt

Für Gebäude, Verkehrs- und Wegeflächen wird Boden beansprucht, Lebensraum geht damit auf diesen Flächen verloren. Als Bauflächen werden ausschließlich Flächen beansprucht, die aufgrund der Standortverhältnisse (mittlere Böden, Nordhang) und der vergleichsweise intensiven Grünlandnutzung als Lebensraum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt nur von untergeordneter Bedeutung sind.

Ziel der Planung ist es, die zusätzlichen baulichen Anlagen so einzufügen und einzubinden, dass die wertgebenden Gehölzstrukturen und die Qualität des Ortsrands möglichst unbeschadet erhalten bleiben.

Dem eher geringfügigen Verlust an Lebensraum, der mit der Beanspruchung als Bau- und Verkehrsflächen unvermeidbar verbunden ist, steht die Aufwertung im Bereich der Frei- und der nördlich gelegenen Ausgleichsfläche gegenüber.

Der beschränkte Umgriff der Planung begrenzt der Wirkbereich und mindert die Eingriffsschwere; die anlagenbedingten Beeinträchtigungen bleiben damit von geringer Erheblichkeit.

Betriebsbedingt

Im Bereich der Freiflächen werden sich Arten erhalten bzw. einstellen, die an die häufige bzw. ständige Präsenz des Menschen gewöhnt sind.

Im Bereich der nördlichen Ausgleichsfläche ist mit einer erheblichen Erhöhung der Lebensraumfunktion zu rechnen. Dieser Effekt wird mit zunehmender Reife der Pflanzungen verstärkt ins Gewicht fallen (Verschiebung des Artenspektrums zugunsten von anspruchsvolleren Arten, die typisch für dörfliche Ortsränder sind).

Artenschutzrechtliche Abschätzung

Als Grundlage für die artenschutzrechtliche Abschätzung dienen die vom Bayerischen Staatsministerium des Inneren zusammengestellten und vom Landesamt für Umweltschutz geprüften Tabellen des zu prüfenden Artenspektrums, die alle in Bayern noch aktuell vorkommenden Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, Brutvogelarten und restlichen streng geschützten Arten enthalten. Im Rahmen der Relevanzprüfung werden diese Arten hinsichtlich ihres potenziellen Vorkommens im Planungsgebiet geprüft.

Für die Beurteilung eines möglichen Vorkommens einer Art im Gebiet und einer möglichen Betroffenheit durch Eingriffe dienen folgende Quellen:

- Fundmeldungen der Artenschutzkartierung Bayern
- Verbreitungsatlas Brutvögel in Bayern
- Rote Liste der gefährdeten Tiere Bayerns
- BIB Botanischer Informationsknoten Bayern
- Arten- und Biotopschutzprogramm für den Landkreis Neuburg-Schrobenhausen.

Für das Planungsgebiet liegen keine Hinweise auf besondere Artvorkommen vor.

Angesichts der Standort- und Nutzungssituation ist ein Vorkommen von naturschutzfachlich besonders bedeutsamen Pflanzenarten bzw. Pflanzenarten, die den Bestimmungen des speziellen Artenschutzes unterliegen, nicht zu rechnen.

Aufgrund des im Planungsumgriff vorhandenen Gehölzbestands ist von einer gewissen Bedeutung des Gebiets als Lebensraum für gehölzbewohnende Vogelarten auszugehen.

Bei der Erschließung der geplanten Bauflächen wird der Eingriff in den Gehölzbestand womöglich vermieden. Rodungen werden für die Einordnung der Stellplätze und beim Ersatz der wg. des Eichenprozessionsspinners problematischen Eichen erforderlich. Die diesbezügliche Umplanung erfolgt in enger Abstimmung mit der Kreisfachberatung. Die Rodung der Gehölzstrukturen, deren vergleichsweise geringes Alter ihre Lebensraumfunktion deutlich einschränkt, erfolgt in der winterlichen Ruhezeit. Angesichts der im Umfeld weiterhin bestehenden Gehölzstrukturen scheint ein Ausweichen der gehölzbewohnenden Vogelarten möglich. Damit können erhebliche Schädigungen für gehölzbewohnende Vogelarten als Folge der Planung ausgeschlossen werden.

Verbotstatbestände für Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie sind somit als Folge der vorliegenden Bauleitplanung nicht zu erwarten.

Der Turm der nahegelegenen Pfarrkirche wurde in der Vergangenheit vom Grauen Langohr als Wochenstube genutzt. Graue Langohren gelten als typische „Dorffledermäuse“, die als Gebäudebewohner in strukturreichen, dörflichen Siedlungsbereichen in trocken-warmen Agrarlandschaften vorkommen. Als Jagdgebiete dienen siedlungsnahen heckenreiche Grünländer, Waldränder, Obstwiesen, Gärten, Parkanlagen, seltener auch landwirtschaftliche Gebäude. Ebenso werden Laub- und Mischwälder (v.a. Buchenhallenwälder) genutzt, wobei große Waldgebiete gemieden werden. Die Tiere jagen bevorzugt im freien Luftraum, im Kronenbereich von Bäumen sowie im Schein von Straßenlaternen in niedriger Höhe (2-5 m). Die Tiere überwintern von Oktober bis März als Einzeltiere in Kellern, Stollen und Höhlen, aber auch in Spalten an

Gebäuden und auf Dachböden. Graue Langohren gelten als kälteresistent und bevorzugen eher trockene Quartiere mit Temperaturen von 2-5 °C (LANUV Nordrhein-Westfalen). Angesichts der nicht zu großen Entfernung zur Pfarrkirche könnte der Gehölzbestand am südlichen Rand des Planungsgebiets eine gewisse Bedeutung für die Fledermausart besitzen. Diese Gehölzstruktur wird als solche bewusst erhalten. Damit bleibt auch diese potenzielle Funktion für die Fledermäuse weiterhin erhalten. Das grünordnerische Konzept sieht darüber hinaus umfangreiche Neupflanzungen namentlich in der Ausgleichsfläche vor. Insbesondere durch die geplante Streuobstwiese wird wohl mittel- bis langfristig die Bedeutung als pot. Fledermauslebensraum noch verstärkt werden. Dies gilt im Prinzip auch für die Gilde der gehölzbewohnenden Vogelarten. Auch für sie sind mittel- bis langfristig infolge der Planung keine nachhaltigen Beeinträchtigungen, sondern Verbesserungen zu erwarten. Offenlandbewohnende Vogelarten wie etwa die Feldlerche sind dagegen angesichts der Nähe zu Gehölzen und Siedlungsflächen im Planungsgebiet nicht zu erwarten.

Fazit

Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG sind für die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nicht zu prognostizieren.

Für die darüber hinaus untersuchten, nicht gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten, die gem. nationalem Naturschutzrecht streng geschützt sind, ist keine vorhabenbedingte Zerstörung von Lebensräumen i.S. des Art. 6a Abs. 2 Satz 2 BayNatSchG zu erwarten.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Ausgleich

Die neuen baulichen Anlagen werden so angeordnet, dass ein Eingriff in den Gehölzbestand möglichst geringgehalten wird. Wertbestimmender Gehölzbestand am östlichen Rand des Geltungsbereichs wird im Bebauungsplan bewusst von der Planung ausgespart und bei den Baumaßnahmen wirksam von Schädigungen geschützt. Durch geeignete Neupflanzungen ist dafür zu sorgen, dass die Bedeutung der planungsbedingt entfallenden Gehölze auch von der künftigen Begrünung des Planungsgebiets erfüllt werden kann.

Die zur Ein- und Durchgrünung der Bauflächen vorgesehenen Gehölzpflanzungen stellen auch eine gewisse Lebensraumfunktion im Planungsgebiet sicher. Die für die Ausgleichsfläche vorgesehenen Maßnahmen tragen dauerhaft zu Bereicherung des Arten- und Biotopspektrums bei. Eine erhebliche Verschlechterung der Lebensraumsituation im Vergleich zum heutigen Zustand ist nicht zu erwarten, vielmehr ist mit zunehmender Reife der Pflanzungen eine Aufwertung gegenüber dem Ist-Zustand zu erwarten. Die durch die Planung bedingten Beeinträchtigungen für Flora und Fauna sind bei mittelfristiger Betrachtung somit von geringer Erheblichkeit.

4.4 Schutzgüter Landschaft / Mensch: Landschaftsbild und Erholungsfunktion

Baubedingt

Bei der Errichtung der geplanten baulichen Anlagen sind gewisse Emissionen an Lärm und Luftschadstoffen unabhängig vom Standort unumgänglich. Mögliche Beeinträchtigungen sind auf die Bauzeit beschränkt und so nur vorübergehend wirksam. Durch die Verwendung emissionsarmer Baumaschinen lassen sich mögliche zusätzliche Belastungen weiter reduzieren; somit sind diesbezüglich allenfalls Beeinträchtigungen von geringer Erheblichkeit zu erwarten.

Anlagen- und betriebsbedingt

Die Planung stellt auf die Erweiterung der Einrichtungen für die Kinderbetreuung am Nordrand von Berg im Gau ab. Der heterogene Baumbestand, der Laub- und Obstbäume jungen bis mittleren Alters und überwiegend standortheimische Sträucher umfasst, trägt zu einem recht harmonischen Übergang zwischen Siedlung und freier Landschaft bei. Ziel der Planung ist es,

die zusätzlichen baulichen Anlagen so einzufügen und einzubinden, dass die Qualität des Ortsrands auch nach der Erweiterung der Bauflächen aufrechterhalten wird. Hierzu wird der Gehölzbestand - wo möglich und sinnvoll - als solcher erhalten und ergänzt. Für wegfallende Gehölze wird ausreichender Ersatz im Rahmen der Freiflächengestaltung und auf der Ausgleichsfläche geschaffen.

Infolge der geplanten Nutzung wird das Verkehrsaufkommen auf dem Sportplatzweg zunehmen. Angesichts der Nähe zur Hauptstraße (St 2046) betrifft dies aber nur einen sehr kurzen Abschnitt der Stichstraße. An dieser liegen bislang lediglich ein Wohnhaus, wobei dieses ohnehin an die Staatsstraße angrenzt, sowie Grundschule, Sportplatz und Kindergarten, d.h. Bereiche, die eher selbst als Emissionsquellen zu betrachten sind. Angesichts dessen dürfte die Beeinträchtigung von Anliegern durch den Betrieb der Kindertagesstätte samt Zufahrt insgesamt von untergeordneter Bedeutung sein.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Ausgleich

Der für das Orts- und Landschaftsbild bedeutsame Gehölzbestand wird - wo möglich und sinnvoll - als solcher dauerhaft erhalten und ergänzt. Von einer dichten Abpflanzung wird jedoch bewusst abgesehen, da der bisherige Charakter des Ortsrandes möglichst bewahrt bleiben soll. Durch die Bemühungen bei der Ein- und Durchgrünung des Baugebiets und durch die Beschränkung des Maßes der baulichen Nutzung kann eine unverhältnismäßige Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vermieden werden.

Mit Hilfe der festgesetzten landespflegerischen Maßnahmen werden Ortsrandstrukturen aufrechterhalten bzw. geschaffen, welche auch die hinzukommenden baulichen Anlagen in die Landschaft einbinden. Bei der weiteren Beplanung ist darauf zu achten, dass auch künftig eine praktikable fußläufige Verbindung zwischen Wohngebiet Schernbreite und Sportplatzweg erhalten bleibt.

In Anbetracht der zur Ein- und Durchgrünung vorgesehenen Maßnahmen bleiben der Eingriff in das Landschaftsbild und die Einschränkung der Erholungsfunktion insgesamt von geringer bis mäßiger Erheblichkeit.

4.5 Kultur- und Sachgüter

Nach derzeit vorliegenden Unterlagen sind von der Planung keine Bodendenkmäler betroffen. Rund 200 m südwestlich des Geltungsbereichs befindet sich die denkmalgeschützte Pfarrkirche Mariae Heimsuchung [D-1-85-116-1]. Der Bereich um die Pfarrkirche wird vom Landesamt als Bodendenkmal geführt (D-1-7333-0105). Die neuen Bauflächen stehen in keiner nennenswerten Blickbeziehung zu den genannten Denkmälern. Angesichts der Höhenlage (Kirchenfuß auf 415 m NN, Mitte Baufeld ca. 407 m NN) ist nicht davon auszugehen, dass die baulichen Anlagen zu erheblichen Beeinträchtigungen von bedeutsamen Blickbeziehungen führen werden.

Grundsätzlich ist angesichts Ausdehnung und Lage des Sondergebiets und in Anbetracht der geplanten baulichen Nutzung (Bauhöhe) für das besagte Baudenkmal keine erhebliche Beeinträchtigung der Wirkung bzw. Wahrnehmung zu erwarten.

Für einen Betrachter, der sich von Norden her auf der Zeller Straße dem Ort nähert, ist dabei der Gehölzbestand am westlichen Straßenrand tatsächlich der limitierende Faktor, während künftige Gebäude im Planungsgebiet praktisch unerheblich für den Blick auf die Kirche sind.

Infolge der geplanten Bebauung stehen die Bereiche, die zuletzt noch als Wiese genutzt wurden, künftig nicht mehr der Landwirtschaft zur Verfügung. Die Erschließung neuer Bauflächen geht regelmäßig auf Kosten von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Fläche wurde bisher nicht landwirtschaftlich genutzt (u.a. Nutzung als Festplatz der Gemeinde). Da die betroffenen Standorte vom Umfang und von der Nutzungseignung von untergeordneter Bedeutung sind, ist

der Verlust der Nutzflächen im vorliegenden Fall vertretbar.
 Bei der Gestaltung des Ortsrands und bei der Pflege der Pflanzungen wird darauf geachtet, dass die Nutzbarkeit der angrenzenden Wege und der nördlich gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht über Gebühr beeinträchtigt wird. Die geltenden Bestimmungen gem. Nachbarschaftsrecht bzw. Bayerischen Straßen- und Wegegesetz werden berücksichtigt.

4.6 Übersicht über mögliche Beeinträchtigungen

Mögliche Beeinträchtigung	Maßnahmen zur Vermeidung	Erheblichkeit Eingriff	Kompensation
Schutzgut Mensch			
Baubedingte Immissionen	emissionsarme Baumaschinen u.a.	Gering	
Erhöhte Verkehrsbelastung	Verkehrsberuhigende Maßnahmen	Gering	
Schutzgut Tiere und Pflanzen			
Verlust von ortrandtypischen Lebensraumtypen	Wo möglich und sinnvoll Erhalt für den Ortsrand wichtiger Gehölzstrukturen	Gering	Ersatz bzw. Aufwertung im Bereich der Freiflächen, insbesondere auf Ausgleichsfläche am Nordrand
Schutzgut Boden			
Verlust von Boden mit vielfältigen Bodenfunktionen	Beschränkung von zulässiger Versiegelung; Verwendung wasserdurchlässiger Bodenbeläge bzw. örtliche Versickerung	Gering-mäßig	Entlastung im Bereich der Ausgleichsfläche
Schutzgut Wasser			
Erhöhung Oberflächenabfluss	Beschränkung von zulässiger Versiegelung; Verwendung versickerungsfähiger Bodenbeläge	Gering	Rückhaltung und Versickerung im Planungsgebiet
Verminderung Grundwasserneubildung	Beschränkung zulässiger Bebauung/ Versiegelung	Gering	
Schutzgut Luft/ Klima			
Verlust von Vegetation mit ausgleichender Wirkung auf Kleinklima		Gering	Umfangreiche Begrünung im Bereich der Grün- und Ausgleichflächen
Schaffung von möglichen Barrieren für Kaltlufttransport		Gering	
Schutzgut Landschaft			
Verfremdung des Landschaftsbildes durch neuen Siedlungskörper am Ortsrand	Beschränkung zulässiger Höhen; Maßgaben zur Gestaltung	Gering- mäßig	Umfangreiche Begrünung im Bereich der Grünflächen im Übergang zur Landschaft, Wahrung von Blickbeziehung zur Donaumoosniederung
Kultur- und Sachgüter			
Baudenkmäler Pfarrkirche		Nicht betroffen	

Bodendenkmäler		Vrs. nicht betroffen	Ggf. Information des LA zur Veranlassung evtl. angezeigter Maßnahmen
Nutzbarkeit von angrenzenden Landwirtschaftlichen Nutzflächen bzw. Flurweg		Gering	Einhaltung ausreichender Mindestabstände bei Bepflanzung

5 Prognose Umweltauswirkungen bei Nicht-Durchführung der Planung

Die von der Planung betroffenen Flächen würden wie bisher überwiegend als Wiese genutzt. Die bisherige Bedeutung der Flächen als Lebensraum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sowie für die Bildung eines harmonischen Ortsrandes blieben unverändert erhalten.

6 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Berechnung gem. Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“.

6.1 Vermeidungsmaßnahmen

Für die Erweiterung der Kindertagesstätte wird eine Ortsrandlage überplant, die Gehölzbestand aufweist, welcher ungeachtet der Bedeutung der Einzelgehölze in der Zusammenschau zu einer harmonischen Ortsrandgestaltung beiträgt. Um diese Qualität bei der Planung aufrechtzuerhalten, sind die Gehölzstrukturen als solche und die erhaltenswürdigen Einzelbäume – soweit möglich - zu erhalten. Während der Bauphase sind die Bäume und Gehölzbereiche vor Beeinträchtigungen durch Baustelleneinrichtung, Lagerhaltung, Befahren u.ä. wirksam zu schützen.

Der für das Ortsbild und den Naturhaushalt bedeutsame Gehölzbestand am Ostrand des Geltungsbereichs wird von der Bebauung bewusst ausgespart.

Die festgesetzten Maßnahmen zur Ein- und Durchgrünung der Bauflächen stellen ein geordnetes Ortsbild und eine gewisse Bedeutung als Lebensraum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sicher.

Durch die festgesetzte Beschränkung der zulässigen Versiegelung, durch die Verwendung versickerungsfähiger Beläge sowie die Vorkehrungen bzw. Vorgaben zur Versickerung des unverschmutzt anfallenden Oberflächenwassers wird der Eingriff in den örtlichen Wasserhaushalt minimiert.

Durch die Vorgaben zur Eingrünung am westlichen und nördlichen Rand des Geltungsbereichs sind die Rahmenbedingungen für einen gut ausgebildeten Ortsrand vorgegeben. Dabei wird darauf geachtet, dass Blickbeziehungen ins Donaumoos auch künftig möglich bleiben.

6.2 Erforderliche Ausgleichsmaßnahmen

Wie bei der obigen Analyse jeweils für die einzelnen Schutzgüter des Naturhaushaltes getrennt erläutert wurde, weisen die Strukturen des Planungsgebiets eine unterschiedlich hohe Bedeutung für den Naturhaushalt und das Ortsbild auf. So werden die großen Flächen des Geltungsbereichs als Grünland relativ intensiv genutzt. Die Bedeutung für Natur und Landschaft ist dabei entsprechend gering (Gebiet geringer Bedeutung: Kategorie I). Die Gehölzstrukturen, die im Geltungsbereich vorhanden sind, sind für das Orts- und Landschaftsbild (Ortsrand) von Bedeutung. Insbesondere die schon etwas ältere Struktur am Nordrand des Kindergartens sowie die Eichenreihe am Westrand wären wohl der Kategorie II (unterer Wert) zu zuordnen. Die

Ahornreihe am Ostrand aufgrund von noch geringem Alter (und z.T. eingeschränktem Erhaltungszustand) eher der Kategorie I (oberer Wert) zuordnen. Die Planung ihrerseits ist in Anbetracht der festgesetzten GRZ noch dem niedrigen bis mittleren Versiegelungs- und Nutzungsgrad (Typ B) zurechnen.

Die o.g. genannten Gehölzbestände können als solche erhalten werden (ausfallende Gehölze sind - wo nötig – zu ersetzen).

Die als Bau- und Verkehrsflächen beanspruchten Flächen beschränken sich auf eine nicht landwirtschaftlich genutzte Wiesenfläche ohne besondere Artenvorkommen.

Angesichts der spezifischen Situation von Eingriff und der festgesetzten grünordnerischen Maßnahmen im Baugebiet (Erhalt und Ergänzung der Ortsrandstrukturen, umfangreiche Durchgrünung) wird ein Kompensationsfaktor von 0,3 als angemessen betrachtet.

Bedarfsberechnung gemäß Leitfaden zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung

Eingriffsfläche	Ausgleichsfläche
Planungsgebiet: 7.132 m ² davon Maßnahmenfläche: 1.571 m ² zu erhaltende Gehölzflächen: 51 m ² <u>best. Fußweg/ Stellflächen</u> 368 m ² (keine Verschlechterung: 1.990 m ²) Eingriffsfläche: 5.142 m ²	Bedarf: Ab (alt*) = 857 m ² Ab (neu) = 5.142 m ² x 0,3 (Eingriffstyp BI) = = 1.543 m ² Ab (ges.) = 2.400 m² <u>Nachweis</u> intern: Maßnahmenfläche Nordrand Bauflächen 1.571 m² extern: Erweiterung Feldgehölz auf Fl.Nr. 1550/2, Gmkg. Berg im Gau 830 m² * für Bebauungsplan „Am Sportplatz“

Der intern nicht kompensierbare Ausgleichsbedarf von 830 m² wird durch die naturschutzorientierte Erweiterung eines Feldgehölzes auf Fl.Nr. 1550/2, Gmkg. Berg im Gau, abgegolten. Die dabei erforderlichen Maßnahmen sind in der beigefügten Plankarte festgelegt.

7 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Die erforderliche Erweiterung des Angebots der Kinderbetreuung in Berg im Gau lässt sich am sinnvollsten in direktem Zusammenhang mit dem bereits bestehenden Kindergarten realisieren. Nur hier können die räumlich-funktionalen Synergieeffekte genutzt werden, z.B. gemeinsame Nutzung von Spiel-, Frei- und Verkehrsflächen. An anderer Stelle müssten hierfür in aller Regel zusätzlich Grund und Boden sowie natürliche Ressourcen beansprucht werden.

8 Beschreibung der Methodik und Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten und Kenntnislücken

Als fachliche Grundlagen für die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen wurden der Landschaftsplan, das Landschaftsentwicklungskonzept sowie Originalunterlagen der Fachbehörden wie z.B. die Übersichtsbodenkarte, die Abgrenzung wassersensibler Bereiche durch das LFU herangezogen. Von weitergehenden Untersuchungen, z. B. von Flora und Fauna, kann in Anbetracht der hinsichtlich Art und Umfang geringfügigen Planung, der stark durch das Siedlungsumfeld geprägten Lage und der geringen Empfindlichkeit des Standorts abgesehen werden. Die Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen der Planung erfolgen verbalargumentativ. Für die Bewertung sind i.d.R. vier Kategorien vorgesehen:

- Nicht betroffen
- Geringe Erheblichkeit
- Mäßige Erheblichkeit
- Hohe Erheblichkeit (vgl. Zusammenfassung 4.7).

Der Bedarf an Ausgleichsfläche wurde nach dem im Leitfaden „Die Eingriffsregelung in der Bauleitplanung“ vorgeschlagenen Verfahren berechnet.

9 Maßnahmen zur Überwachung der Umweltauswirkungen (Monitoring)

Eine entsprechende Nachkontrolle (Monitoring) im Turnus von 5-10 Jahren durch die Gemeinde Berg im Gau ermöglicht es der Gemeinde, eventuelle Fehlentwicklungen zu ermitteln und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dabei ist u.a. die Wirksamkeit der Maßnahmen, die zum Management des Oberflächenwassers vorgesehen sind, insbesondere bei Starkniederschlägen bzw. anderen Situationen mit hohem Wasseraufkommen zu überprüfen.

10 Zusammenfassung

Das Sondergebiet Kindertagesstätte ist in unmittelbarem Zusammenhang zum bestehenden Kindergarten geplant. Betroffen ist eine Ortsrandlage, die neben intensiv genutzten Wiesenflächen auch Gehölzstrukturen aufweist, welche für die Ausbildung des Ortsrands bedeutsam sind. Ziel der Planung ist es, die zusätzlichen baulichen Anlagen so einzufügen und einzubinden, dass die Qualität des Ortsrands auch nach der Erweiterung der Bauflächen aufrechterhalten wird. Hierzu wird der Gehölzbestand - wo möglich und sinnvoll - als solcher erhalten und ergänzt. Für wegfallende Gehölze wird ausreichender Ersatz im Rahmen der Freiflächengestaltung und auf der Ausgleichsfläche geschaffen.

Für die schadlose Behandlung des im Plangebiet anfallenden Oberflächenwassers werden geeignete Vorkehrungen geschaffen.

Um den unvermeidbaren Eingriff in Natur und Landschaft zu kompensieren sind landschaftspflegerische Maßnahmen zur Aufwertung einer rund 1.571 m² großen Ausgleichsfläche erforderlich. Der Nachweis der benötigten Ausgleichsflächen wird großteils durch die naturschutzfachliche Aufwertung einer Grünfläche am Nordrand des Baugebiets erbracht. Der verbleibende Ausgleichsbedarf von 830 m² wird durch die naturschutzorientierte Erweiterung eines Feldgehölzes auf Fl.Nr. 1550/2, Gmkg. Berg im Gau, abgegolten.